



Herausforderungen der Zukunft: Kann sich Europa das leisten?

Von Ulrike Simon | 3.7.2026

Der IWF empfiehlt den Europäern weiterhin Austerität – mit kleinen Lockerungen. Doch die Knappheit ist teilweise hausgemacht: durch das Festhalten an fehlerhaften wirtschaftspolitischen Dogmen und problematischen (geo)politischen Entscheidungen.

Bei einem informellen Treffen im Mai sprachen die europäischen Finanzminister über Wege, um „die Dinge zu bezahlen, die Europa sich nicht leisten kann“. Denn Europa steht vor großen Herausforderungen: eine alternde Bevölkerung, steigende Ausgaben für Gesundheit und Pflege, Dekarbonisierung der Wirtschaft, Umbau der Energieversorgung, technologische Konkurrenz mit den USA und China, Digitalisierung, marode Infrastruktur und nicht zuletzt massiv gestiegenen Verteidigungsausgaben.

Erfolgreiche Austeritätspolitik?

Die schwäbische Hausfrau weiß, was in so einer Situation zu tun ist: Höhere Ausgaben an der einen Stelle müssen durch Einsparungen an anderer Stelle kompensiert werden. Dieser Weisheit implizit folgend empfahl der Leiter der IWF-Mission für Zypern, Alex Pienkowski, den Ministern Kostenreduktionen auf Basis eines Drei-Säulen-Modells:

- Erstens: Strukturreformen, zum Beispiel längere Lebensarbeitszeiten und höhere Erwerbsquoten, v.a. von Frauen.
- Zweitens: Haushaltskonsolidierung, also Sparmaßnahmen und Ausgabendisziplin.
- Drittens: Neubewertung der Rolle des Staates und des Umfangs öffentlicher Leistungen – mit anderen Worten: weitere Privatisierungen bisher staatlicher Güter und Dienstleistungen.

Ohne entschiedene politische Maßnahmen könnten die Staatsschulden der Eurozone bis 2040 auf 130 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anwachsen. Das sei angesichts steigender Zinsen nicht tragbar. [\[1\]](#) Das „Durchmogeln“ müsse enden.

Pienkowski sieht Zypern als Beispiel für den Erfolg der von ihm vorgeschlagenen Politik. Im Zuge der Finanzkrise war Zypern gezwungen, sich der Troika aus Europäischer Zentralbank, Europäischer Kommission und IWF zu unterwerfen. Es implementierte ein hartes Reformprogramm in Zypern: Die Banken wurden stabilisiert, die Staatsfinanzen saniert und die Staatsschuldenquote liegt heute bei 55 Prozent des BIP.

Zwischenzeitlich ist das Wachstum zurückgekehrt. Viele Kenndaten sprechen dafür, dass sich der allgemeine Lebensstandard erhöht hat. Gleichzeitig sind die Wohnkosten erheblich gestiegen und für einige Gruppen bestehen weiterhin anhaltende Armutsrisiken. Die Lasten der Krise wurden insgesamt sehr ungleich verteilt.

Ausgeschöpfte Steuerspielräume?

Die Bekämpfung der Ungleichheit scheint für den IWF jedoch keinen sehr hohen Stellenwert zu haben: Steuererhöhungen zur Finanzierung von Mehrkosten schließt Pienkowski aus, da das Aufkommen schon heute auf historisch hohem Niveau liege.

Das jedoch ist bestenfalls die halbe Wahrheit: Ja, die Belastung von Arbeitseinkommen und vom Konsum ist hoch. Andere Steuern befinden sich dagegen auf historisch niedrigem Niveau. Vermögen, Erbschaften und Kapitaleinkommen werden heute vielerorts deutlich geringer belastet als noch vor wenigen Jahrzehnten.

Während eine geringere Belastung unterer und mittlerer Einkommen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stärken und so die Wirtschaft ankurbeln würde, könnte eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen nicht nur für mehr Verteilungsgerechtigkeit sorgen, sondern Geld, was sonst in Finanzprodukte angelegt würde, in die Finanzierung staatlicher Projekte umlenken.

Erholung trotz, nicht wegen der Austeritätspolitik?

Aber zurück zu den Empfehlungen des IWF: Eine [2020 veröffentlichte Studie](#) wies auf Basis eines (neoklassischen) DSGE-Modells nach, dass die Austeritätspolitik in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften „mit einem niedrigeren BIP, einer geringeren Inflation und höheren Nettoexporten einher [ging].“ Teilweise seien die Staatsschuldenquoten infolge endogener Rückgänge des BIP und der Steuereinnahmen sogar angestiegen.

Laut den Analysen der Verfasser deutet Vieles darauf hin, dass der Verzicht auf Sparmaßnahmen die Produktionsverluste in Europa erheblich verringert hätte. Viele Zypriern erinnern sich an eingefrorene Konten, Vermögensverluste, und Jahre wirtschaftlicher Unsicherheit. Waren diese Opfer tatsächlich notwendig? Hat sich Zypern vielleicht nicht *wegen*, sondern *trotz* der Sparpolitik wieder erholt?

Eine 2025 veröffentlichte, speziell [auf Zypern bezogene Studie](#) mit postkeynesianischem Hintergrund bestätigt diese Diagnose und empfiehlt einen entgegengesetzten Ansatz: Die Verfasser plädieren für eine expansive, antizyklische Fiskalpolitik, öffentliche Investitionen und eine progressive Besteuerung, um die Gesamtnachfrage anzukurbeln und Vollbeschäftigung zu erreichen.

Notwendige Haushaltsdisziplin?

Das Verhalten der schwäbischen Hausfrau ist auf ihren Privathaushalt bezogen rational. Aber auch ihr leuchtet ein, dass die Volkswirtschaft zusammenbricht, wenn sich alle Haushalte gleichzeitig so verhalten. Sie kann nicht anders. Der

Staat schon. So ist auch der IWF inzwischen von der strengen Haushaltsdisziplin abgekommen. In Zypern erklärte Pienkowski, der IWF halte inzwischen durchschnittliche Schuldenquoten von rund 90 Prozent des BIP für tragfähig, mit einer Obergrenze von etwa 105 Prozent. Die frühere 60-Prozent-Grenze des Maastricht-Vertrags gelte selbst dort längst nicht mehr als realistischer Maßstab.

Das Grundprinzip bleibt jedoch bestehen: Staatsschulden sind grundsätzlich so niedrig wie möglich zu halten. Von dieser Voraussetzung aus definiert man, welche Quoten maximal tragbar sind. Dabei ergibt die Diskussion über Staatsschulden nicht in Form von absoluten Zahlen Sinn, sondern nur im Zusammenhang mit dem Verhalten aller anderen Akteure.

Geben alle Geld aus, muss der Staat unter Umständen seine eigenen Ausgaben oder – über Steuern – die der Bürger drosseln, um Inflation zu vermeiden. Wenn alle sparen, muss der Staat hingegen die Ausgabenlücke füllen, auch wenn damit hohe Haushaltsdefizite verbunden sind, sonst schrumpft die Wirtschaft. Beruht nicht gerade ein Teil der heutigen Herausforderungen auf der Sparpolitik vergangener Jahre? Der Investitionsstau bei Schulen und Infrastruktur ist jedenfalls nicht vom Himmel gefallen.

Deswegen erinnert die IWF-Haltung an ein – fälschlicherweise Albert Einstein zugeschriebenes Bonmot: „Die Definition von Wahnsinn: Das Gleiche immer und immer wieder tun und ein anderes Ergebnis erwarten.“

Und das angesichts einer sich abzeichnenden Rezession!

Die Zwangsjacke der Euro-Regeln

Im Gegensatz zum von Sparmaßnahmen geprägten Rahmen der Troika betont die oben genannte postkeynesianische Studie die Rolle des Staates bei der Bekämpfung weitreichender Marktversagen und der Gewährleistung finanzieller Stabilität. Die Autoren schlagen im Falle des Falles Rettungsmaßnahmen im Sinne der europäischen Solidarität vor, bei der die Europäische Zentralbank als Kreditgeber letzter Instanz fungiert. Genau das schließt das Primärrecht der Europäischen Union aus: Bailouts für Staaten (Artikel 125 AEUV) und monetäre Staatsfinanzierung (Artikel 123 AEUV) sind verboten.

Deswegen sind die EU-Finanzminister hinsichtlich expansiver Finanzpolitik strukturell eingeschränkt. Sie müssen befürchten, dass ihre Haushalte als unsolide gelten, somit höhere Zinsen für den Schuldendienst fällig werden, und

sie angesichts eines drohenden Staatsbankrotts das Schicksal Zyperns oder Griechenlands zu erwarten haben.

Denn mit dem Euro haben die Mitgliedstaaten der Währungsunion ihre geldpolitische Souveränität aufgegeben. Sie verschulden sich zwar in ihrer gemeinsamen Währung, kontrollieren deren Ausgabe jedoch nicht. Anders als die USA, Japan oder Großbritannien verfügen sie daher nicht über die uneingeschränkte Rückendeckung einer eigenen Zentralbank. Das macht sie anfälliger für Finanzmarktkrisen und erklärt, warum Staatsverschuldung in der Eurozone eine andere Bedeutung hat als in währungssouveränen Staaten.

Für die Euro-Staaten könnte und müsste die EZB diese Funktion übernehmen. Das jedoch darf sie nach geltenden Regeln nicht. Zwar haben sich diese Regeln gelockert. Bereits seit einigen Jahren kauft die EZB mit frischen Euro-Reserven Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt und stützt damit die Zahlungsfähigkeit der Eurostaaten. Aber politische Entscheidungen eines formal unabhängigen Gremiums sind keine verlässliche Basis für die Finanzpolitik einer nationalen Regierung.

Sind Eurobonds die Lösung?

Daran ändern auch die vom IWF vorgeschlagenen Eurobonds für Gemeinschaftsaufgaben im Energie-, Innovations- und Verteidigungsbereich nichts, mit deren Hilfe die Eurostaaten ihre finanziellen Spielräume erweitern können. Eurostaaten, die sich kollektiv für die Erfüllung von Gemeinschaftsausgaben verschulden, fügen ihrem Schuldenportfolio ein weiteres „erlaubtes“ Darlehen hinzu, für das sie gemeinschaftlich haften. Auch hier darf die EZB nicht als Kreditgeber der letzten Instanz fungieren.

Der grundlegende Konstruktionsfehler der Währungsunion bleibt also bestehen. Die Eurostaaten finanzieren sich weiterhin über Kreditaufnahme auf den Kapitalmärkten und unterwerfen sich dabei selbst auferlegten fiskalischen Beschränkungen.

Gerade die Erfahrungen mit europäischen Großprojekten mahnen darüber hinaus zur Vorsicht. Das gescheiterte deutsch-[französische Kampfflugzeugprojekt](#) wurde zwar nicht über Eurobonds finanziert, verdeutlicht aber die politischen Risiken grenzüberschreitender Kooperationen. Wenn sich Partner über Ziele, Kosten oder Zuständigkeiten zerstreiten, können Projekte ins Stocken geraten oder scheitern. Bei gemeinschaftlich besicherten Schulden stellt

sich dann die Frage, ob am Ende einzelne Staaten für Verpflichtungen einstehen müssen, deren Nutzen oder Kontrolle sie nur begrenzt beeinflussen konnten. Auch die schwäbische Hausfrau wäre skeptisch, wenn sie gemeinsam mit ihrer Nachbarin einen Kredit für eine von beiden genutzte Waschmaschine aufnehmen sollte, im Zweifel aber nicht sicher sein könnte, wer am Ende die Raten bezahlt.

Dass die Regierungen der Eurozone sich in einer mehr als schwierigen Zeit durch selbst auferlegte Regeln zu einer Spar-Rationalität á la Schwäbische Hausfrau zwingen lassen, und so gut wie nichts tun, um das so schnell wie möglich zu ändern: Auch das erfüllt – wie der grundsätzliche Glaube an die Austeritätspolitik - die Kriterien für die oben genannte Definition von Wahnsinn.

Knappe Ressourcen: Energie und Geopolitik

Die Diskussion über Staatsverschuldung verdeckt häufig die wichtigere Frage: Nicht Geld, sondern reale Ressourcen setzen die eigentlichen Grenzen wirtschaftlicher Entwicklung. Der Staat kann finanzielle Mittel mobilisieren. Er kann jedoch nicht durch einen Buchungsvorgang Energie, Rohstoffe oder industrielle Kapazitäten schaffen.

Gerade deshalb ist die Energiepolitik von zentraler Bedeutung. Die deutsch-russische Energiepartnerschaft beruhte über Jahrzehnte auf dem Zugang zu einer für die deutsche Industrie wichtigen realen Ressource: günstigem Pipeline-Gas.

Mit der politischen Entscheidung zur energiepolitischen Entkoppelung von Russland im Zuge des Ukraine-Konfliktes unterbrach man dieses Geschäftsmodell. Das ursprüngliche Ziel war, mit günstigem Erdgas den Übergang zur dekarbonisierten Wirtschaft zu gestalten.^[2] Nun wurde fossile Energie plötzlich aus politischen Gründen knapper und teurer.

Die [Europäischen Kommission](#) berichtet über die erfolgreiche Beendigung der Energieabhängigkeit von Russland: die Bezugsquellen wurden stark diversifiziert. Der LNG-Anteil stieg erheblich an. Über 40 Prozent des teureren und umweltschädlicheren Flüssiggases bezieht Europa nun aus den USA. Nach dem in 2025 mit den USA geschlossenen Handelsabkommen soll dieser Anteil weiter steigen.

Das Handelsabkommen zeigt aber auch die Kehrseite dieser Entwicklung, denn es enthält diverse Bestimmungen, die für die EU nachteilig sind. Sie musste

trotzdem akzeptieren, denn die neue Abhängigkeit von US-LNG machte die EU erpressbar, diesmal seitens der USA.

Der Bericht verweist zudem auf die Chancen, die sich aus den Plänen Katars zur Ausweitung der LNG-Produktion ergeben würden. Aber dann begannen die USA ohne Konsultation ihrer Verbündeten den Iran-Krieg ; und Katar, das bisher 20 Prozent der weltweiten LNG-Produktion lieferte, musste seine wichtigste Produktionsstätte [schließen](#).

Wie beim Geld setzt die EU die Rahmenbedingungen. Die Folgen der gemeinsam beschlossenen Energiepolitik bewältigt jedes Mitgliedsland allein: über bilaterale Lieferverträge, Subventionen, Ausnahmeregeln und Notkäufe. Dadurch geraten die Staaten aber in Konkurrenz zueinander und verlieren die kollektive Verhandlungsmacht, die man sich eigentlich von der EU erhoffen würde.

Die schwäbische Hausfrau fragt sich wahrscheinlich, warum die EU nicht versucht, die Beziehungen mit Russland zu kitten. Dadurch könnte man doch den einen oder anderen Euro im Rüstungshaushalt einsparen und es stünden mehr Geld und Ressourcen für andere Zwecke zur Verfügung. Die Antwort, dies sei wegen des russischen Vorgehens in der Ukraine unmöglich und liege daher ausschließlich in der Verantwortung Moskaus, greift zu kurz.

Die europäischen Regierungen versuchen derzeit nicht einmal die Bedingungen für eine eventuelle schrittweise Normalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen auszuloten. Seit Jahren versucht man, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie ohne günstiges russisches Pipeline-Gas zu erhalten. Die Energiewende konnte nicht mit dem Bedarf schritthalten. So ist die erhoffte wirtschaftliche Dynamik bislang ausgeblieben. Während Trump, zumindest temporär, die Sanktionen für den Kauf russischer Energieträger suspendiert, beschließen die Europäer das endgültige Aus für Ölimporte aus Russland ab 2027. Dass das die Energiewende befördert, darf bezweifelt werden. Deindustrialisierung durch Energieverteuerung ist keine überzeugende Klimapolitik.

[1] Der Hintergrund dieser Warnung sind mehrere IWF-Papiere aus dem Jahr 2025. Im Bericht [Long-Term Spending Pressures in Europe](#) beschreibt der IWF die wachsenden Ausgaben für Alterung, Verteidigung, Klima und Energie. Im Papier [Lifting Binding](#).

Constraints on Growth in Europe fordert er mehr Innovation, die Vollendung des Binnenmarkts, eine stärkere Integration der Energiemärkte und die Mobilisierung privater Ersparnisse für Investitionen.

[2] Dass das günstige Erdgas die Energiewende vermutlich verlangsamt, ist eine andere Diskussion.